

(A)

(C)

(B)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 10 a und b auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Arnold, Dr. Hans-Peter Bartels, Edelgard Bulmahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiterentwickeln und mitgestalten

– Drucksachen 17/7360, 17/8507 –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) Berichterstattung:
Abgeordnete Roderich Kiesewetter
Dr. Rolf Mützenich
Dr. Rainer Stinner
Wolfgang Gehrcke
Dr. Frithjof Schmidt
- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Andrej Hunko, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU wirksam kontrollieren

– Drucksachen 17/5387, 17/8807 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Roderich Kiesewetter
Dietmar Nietan
Dr. Rainer Stinner
Sevim Dağdelen
Dr. Frithjof Schmidt

Hierzu ist es verabredet, eine halbe Stunde zu debattieren. – Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem Kollegen Joachim Spatz für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(B)

Joachim Spatz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Drei große Linien zeichnen sich als Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ab. Die eine ist die multipolare Welt, die Neudefinition von Beziehungen zu aufstrebenden Mächten, die zweite Linie ist, dass wir erkennen müssen, dass wir in Zukunft sehr viel stärker zivile Aspekte der Sicherheitspolitik werden betonen müssen, und der dritte große Bereich ist die europäische außen- und sicherheitspolitische Integration.

Wir haben in Bezug auf die außen- und sicherheitspolitische Integration der EU – wie in manchen anderen Feldern – einen eher technokratischen Ansatz. Es wird versucht, über technische Integration und über Versuche der gemeinsamen Beschaffung bis hin – um das erfolgreichste Modell zu nennen – zur Integration der strategischen Lufttransporteinheiten mehr Kooperation und mehr Gemeinsamkeiten zu etablieren, aus dem Bewusstsein, dass die Mittel für Verteidigung in Europa beschränkt sind und in dem Gedanken, dass wir mit mehr Kooperation letztendlich Einsparpotenziale realisieren, die wir anders nicht heben können.

Leider sehen wir auch bei den erfolgreichen Modellen, dass irgendwann eine Grenze erreicht ist. Wir haben gestern im Verteidigungsausschuss das Thema angesprochen, ob wir bei der erfolgreichen Integration von Lufttransporteinheiten nicht irgendwann einmal daran den-

ken könnten, nicht nur Flugzeuge, sondern auch Hubschrauber zu integrieren. Aber man sieht schon: Je näher sie an die „Front“ herankommt, je näher sie an den Kriegseinsatz herankommt, desto schwieriger wird die Integration, weil wir an einen Punkt kommen, an dem die politische Integration gefragt ist. (C)

Das ist aus unserer Sicht die Herausforderung, der wir uns jetzt stellen müssen. Im Endeffekt haben wir uns als Europäer viel zu lange um diese Fragen herumgedrückt. Immer dann, wenn es zu Treffen und zu den wirklich harten Entscheidungen kam, hat man wieder die alten Reflexe in den nationalen Hauptstädten registrieren müssen. Das müssen wir endlich überwinden, um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voranzubringen.

Wir als Deutscher Bundestag haben auf Vorlage der Koalitionsfraktionen eine Resolution zu einer parlamentarischen Begleitung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union verabschiedet, die vorsieht, dass sich die nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament zusammensetzen sollen, das gerade im zivilen Bereich – ich betonte bereits die steigende Notwendigkeit – eine starke Rolle spielt und auch spielen sollte. Das kann eine Unterstützung sein für das, was die Regierungen an Bemühungen an den Tag legen, um eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf europäischer Ebene zu formulieren.

Da ich vor Frau Cramon-Taubadel reden muss, möchte ich folgenden Aspekt aufgreifen. Sie haben gestern in der Ausschusssitzung gesagt, dass es auf die Größe der Delegation gar nicht ankomme, weil das ohnehin – das sei ein Erfahrungswert aus anderen parlamentarischen Versammlungen – sehr spärlich genutzt werde. Frau Cramon-Taubadel, ich kann Ihnen nur sagen: Wer mit einem solchen Ansatz herangeht, hat die Dimension des Problems nicht verstanden. (D)

(Viola von Cramon-Taubadel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fragen Sie mal Ihre anderen Kolleginnen und Kollegen!)

Wenn wir das so machen wie in anderen parlamentarischen Versammlungen, dann werden wir dieser Herausforderung nicht gerecht. Wer schon jetzt skeptisch ist, ob wir – wie alle anderen – das erkennen, und kleine Brötchen bäckt, der wird das Thema verfehlen.

Der Druck wird noch wachsen. Die Amerikaner haben öffentlich mehrfach angekündigt, dass sie ihre Schwerpunkte verlagern werden, und zwar in den pazifischen Raum. Da ist es völlig unausweichlich, dass auf die Europäische Union ein Mehr an Herausforderungen zukommen wird – im zivilen Bereich, aber auch im militärischen Bereich. Deshalb ist hier ein Mehr an Integration notwendig. Ich bezweifle aber nachhaltig, dass das gelingen wird, wenn wir es nur den Regierungen überlassen, so wichtig die Exekutive hier ist. Ich glaube, dass die Formulierung des europäischen Gemeinwohls in der Außen- und Sicherheitspolitik mehr sein muss als die Summe von nationalen Interessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Joachim Spatz

- (A) Ich glaube, hier müssen die Parlamentarier, die dafür Verantwortung tragen, entsprechend eine Mitgestaltungsmöglichkeit haben. Wenn das gewährleistet ist, dann können wir auf der sachlichen Ebene gerne über die nächsten Integrationschritte reden, Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

Aber die *Conditio sine qua non* für die harten Themen, für den konkreten Einzelfall, bei dem der Deutsche Bundestag gegebenenfalls eine Zustimmung für einen Auslandseinsatz gibt, klären wir nicht auf administrative und nicht auf technokratische Art und Weise, sondern mit einem neuen Integrationsschub auf politischer Ebene zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. So werden wir wirklich vorankommen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Dr. Hans-Peter Bartels hat das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hans-Peter Bartels (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Spatz dankbar dafür, dass er nicht das Hohelied der Erfolge der Bundesregierung gesungen hat, sondern etwas Neues in die Debatte geworfen hat, worüber wir einig sind: Wir wollen eine Parlamentarisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union, weil sie ein Motor sein kann, die Fortschritte zu erreichen, die wir bisher vermissen.

(Joachim Spatz [FDP]: So ist es!)

Auch diese Bundesregierung war nämlich nicht in der Lage, sie wirklich anzustoßen. Aber wir wollen mehr Europa in der Verteidigungs- und der Sicherheitspolitik.

Erstens. Warum brauchen wir das? – Wir leben nicht mehr in einer bipolaren Welt, sondern wir leben heute in einer multipolaren Welt. Europa soll einer der starken Pole in dieser Welt sein, nicht Deutschland, nicht Frankreich, nicht Großbritannien, nicht Italien, nicht Spanien, nicht Polen, sondern ein gemeinsames Europa, das wir politisch schon geschaffen haben. Es gibt die Europäische Union in vielen Bereichen, aber außenpolitisch ist sie noch schwach.

Zweitens. Wir erleben die neue amerikanische Sicherheitspolitik als eine Politik, die sich vielleicht nicht von Europa abkehrt, die aber Europa aus gutem Grund nicht mehr als ersten Adressaten für ihre Besorgnisse, aber auch nicht mehr für ihre Bündnisse sieht, sondern sich dem pazifischen Raum zuzuwenden scheint. Auch deshalb wird es für Europa wichtiger, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu sorgen. Wir werden uns nicht mehr darauf verlassen können, dass die Amerikaner immer in die Bresche springen oder dass sie dies gemeinsam mit der NATO tun. Wir brauchen auch die EU als einen eigenständigen sicherheitspolitischen Akteur.

Drittens. Warum brauchen wir mehr Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik? – Wir brauchen sie, weil wir alle die gleichen Probleme haben. Wir haben die gleichen, zum Teil veralteten militärischen Strukturen, die reformiert werden. Wir haben die gleichen Einsätze zu bestehen, nämlich auf dem Balkan, am Horn von Afrika, letztlich weltweit. Wir haben in allen europäischen Ländern die gleichen beschränkten Haushaltsmittel. Das heißt, eine Zusammenarbeit kann uns stärker machen. Ich sehe kein anderes Mittel, um stärker zu werden. Wir werden nicht mehr Geld ausgeben als jede einzelne Nation, sondern wir werden durch Zusammenarbeit effizienter werden müssen. Aber da hat die jetzige Bundesregierung eine Chance vertan.

Der verflorsene Verteidigungsminister zu Guttenberg hat vor der Verkündung der Ergebnisse der Bundeswehrreform als Anspruch sehr richtig formuliert:

Wir müssen jetzt handeln; es ist die Stunde Europas, das Bekenntnis zur europäischen Verteidigung muss mehr sein als ein Lippenbekenntnis.

Im gleichen Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fuhr er fort:

Wie können bestehende Redundanzen abgebaut werden? Was sind militärische Kernfähigkeiten, die weiterhin rein national bereitgestellt werden sollen? Auf welche Fähigkeiten können wir in Zukunft verzichten, weil sie besser von anderen Partnern erfüllt werden können?

Gute Fragen. Die neue Struktur, das neue Reformkonzept des Nachfolgers de Maizière gibt darauf aber keine Antwort. Das ist eine rein nationale Reform. Genauso führen die Briten und die Franzosen rein nationale Reformen ihrer Streitkräfte durch. Wir müssen spätestens beim nächsten Mal – das soll keine Drohung sein – zu europäischeren Lösungen kommen.

Wir Sozialdemokraten haben als, ich glaube, erste Partei in Europa in unserem Grundsatzprogramm das Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee formuliert.

(Joachim Spatz [FDP]: Das haben wir auch!)

– Auch im Grundsatzprogramm?

(Joachim Spatz [FDP]: Selbstverständlich!)

– Sie haben ein Grundsatzprogramm?

(Karl-Georg Wellmann [CDU/CSU]: Im Koalitionsvertrag!)

Das Grundsatzprogramm der FDP ist der Koalitionsvertrag. Das lerne ich jetzt und bin erfreut darüber, dass wir einer Meinung sind.

(Lachen des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Ich wollte eigentlich eine noch größere Autorität zitieren, die Frau Bundeskanzlerin, die sich sozialdemokratische Programmsätze immer gern zu eigen macht. Bei der Verleihung des Karlspreises an den polnischen Regierungschef Tusk in Aachen hat sie gesagt:

Und jenseits des Ökonomischen wagen wir vielleicht nach der gemeinsamen Währung weitere

Dr. Hans-Peter Bartels

- (A) Schritte, zum Beispiel den zu einer gemeinsamen europäischen Armee.

Das steht bei uns im Programm, aber recht hat sie natürlich.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Wo steht Europa heute? Was geht schon? Kollege Spatz hat es angesprochen. Wir diskutieren im Verteidigungsausschuss über ein gemeinsames europäisches Lufttransportkommando. Dies ist das erste Jahr, in dem es operativ tätig ist, und wir können sagen: Es scheint zu funktionieren. Auch die gemeinsame Lufttransportlösung SALIS – schwerer strategischer Lufttransport, stationiert in Leipzig; hier haben sich etliche NATO-Staaten zusammengeschlossen – scheint zu funktionieren. Das sollte man auf Dauer stellen. Die Lufthoheit über dem Baltikum wird durch NATO-Geschwader gesichert, weil es keinen Sinn macht, dass Staaten, die 1 Million Einwohner haben, sich eine eigene Luftwaffe anschaffen. Das kann man gemeinsam, abwechselnd erledigen. Es gibt ein paar Beispiele innerhalb der NATO, aber sie sind rar. Das ist der AWACS-Verband; in Zukunft wird vermutlich das Aufklärungssystem AGS dazugehören. Sonst haben wir eigentlich noch nichts. Wir brauchen neue, zusätzliche europäische Beispiele. Wir brauchen einen starken Kern einer strukturierten Zusammenarbeit im militärischen Bereich, auch einer technischen Zusammenarbeit.

- (B) Die Deutsch-Französische Brigade ist noch kein Beispiel dafür, wie es gehen soll. Die Tatsache, dass es sich um eine deutsch-französische Brigade handelt, ist geradezu ein Hindernis, wenn es darum geht, sie einzusetzen. Sie hat noch keine Aufgabe gefunden. In der neuen Bundeswehrstruktur, die im Übrigen von Minister de Maizière erarbeitet wurde, ist vorgesehen, dass ihre Jägerbataillone im Falle des Einsatzes deutscher Brigaden unterstellt werden. Das entspricht gerade nicht der europäischen Idee. Eigentlich müsste die Deutsch-Französische Brigade zum Beispiel als Reserve für das Kosovo dienen, sozusagen als ORF-Bataillon – hinter dem Horizont –, das bei einer Lagezuspitzung eingesetzt werden kann. Das wäre eine wirkliche Funktion. Im Kosovo haben wir erlebt, dass ein solcher Einsatz nötig werden kann. Hier könnte die Deutsch-Französische Brigade eingesetzt werden. Wir brauchen mehr Erfolgsgeschichten, die man weitererzählen kann. Die Brigade ist bisher keine solche Erfolgsgeschichte.

Warum sollten wir nicht mit Polen, Dänemark oder anderen skandinavischen Ländern gemeinsame einsatzfähige Einrichtungen schaffen? Das kann heißen, dass zu einem Bataillon eine Kompanie aus einem anderen Land hinzukommt. Oder eine Fähigkeit könnte in einem Land stationiert werden, aus dem die Soldaten nicht kommen. Das ist in Deutschland ja nicht anders: Nicht alle, die in Schleswig-Holstein stationiert sind, kommen aus Schleswig-Holstein, und nicht alle, die in Bayern stationiert sind, sind Bayern. Europa ist groß, aber nicht so groß, dass man nicht hier und dort stationiert sein könnte. Insofern ist es gut, dass ein deutsches Bataillon in Frankreich stationiert sein kann, aber es ist schlecht, dass die

Franzosen ihre Stationierung in Deutschland komplett aufgegeben haben. Dieses Stationieren in unterschiedlichen Ländern ist wichtig, um eine europäische Durchmischung herbeizuführen und das Ganze mit Leben zu erfüllen, damit man gemeinsam in Einsätze gehen kann. Das ist der nächste Schritt, den wir gehen müssen.

Wir haben in unserem Antrag einige technische Anforderungen, wie Kollege Spatz sagen würde, formuliert. Ich glaube, diese Bedingungen sind nicht hinreichend, aber notwendig, um weiterzukommen.

Wir brauchen ein europäisches Weißbuch. Wir brauchen eine Fortschreibung der Solana-Strategie, der europäischen Sicherheitsstrategie, die zu ihrer Zeit gut war. Aber das war 2003; inzwischen hat sich vieles verändert. Wir brauchen eine europäische Verteidigungsplanung. Wir brauchen eigentlich auch eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik. Es kann nicht sein, dass wir uns da noch Konkurrenz machen. Man müsste versuchen, sich in Europa auf die restriktiven deutschen Vorschriften zu verständigen. Dass jeder nach anderen Kriterien vorgeht, ist nicht vernünftig. Sich da Konkurrenz, einen Unterbietungswettbewerb zu leisten – wer kann noch ein bisschen mehr exportieren –, entspricht nicht dem Gedanken einer Zivilmacht Europa, die wir – ich glaube, hier sind wir uns fraktionsübergreifend einig – anstreben. In unserem Antrag steht, dass die Regierung da noch mehr tun muss. Da sind wir sicherlich einer Meinung.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Roderich Kiesewetter für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen zwei Anträge vor, wie sie gegensätzlicher wohl kaum sein können. Es ist interessant, zu sehen, mit welchen unterschiedlichen Ansätzen die Opposition an uns herantritt. Insbesondere der Antrag der Linken beinhaltet einige Punkte, auf die wir gar nicht weiter einzugehen brauchen.

(Beifall des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Ich frage mich, warum Sie fordern, militärische Einsätze grundsätzlich abzulehnen. Schauen Sie einmal in Richtung bestimmter Einsatzgebiete wie Libyen. Sie stellen auch fest, dass die Anzahl der Einsätze zugenommen hat. Es kann doch nicht um die Quantität von Einsätzen gehen. Es geht dabei um Fragen der Notwendigkeit und um aktive europäische Gestaltungspolitik. Dies sieht man zum Beispiel gut bei der Operation Atalanta.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Joachim Spatz [FDP] – Sevim Dağdelen [DIE

Roderich Kiesewetter

(A) LINKE]: 50 000 Tote! Ist das Gestaltungspolitik?)

In Ihrem Antrag geht es auch um parlamentarische Kontrollrechte; Kollege Spatz hat das vorhin beeindruckend angesprochen, und auch Kollege Bartels ist darauf eingegangen. Wir haben kein Zuwenig an parlamentarischer Kontrolle. Dieser Bundestag bestimmt über die Einsätze wie jedes andere der 27 Parlamente auch. Jetzt kommt es darauf an, dass man die gemeinsame Kontrolle ausübt. Wie das ausgestaltet wird, werden wir sehen. Der Bundestagspräsident hat gestern jedenfalls überzeugend dargestellt, dass er sich dem Interesse unseres Parlaments angenommen hat. Wir warten jetzt auf Vorschläge der polnischen Präsidentschaft. Ich glaube, wir werden unsere deutschen Beiträge gut einbringen.

Lieber Herr Kollege Bartels, wenn Sie Ihren Antrag so formuliert hätten wie Ihre Rede, dann sähe die Situation vielleicht etwas anders aus. Ihr Antrag ist viel düster formuliert als das, was Sie vorgetragen haben.

(Dr. Hans-Peter Bartels [SPD]: Das war die Hoffnung!)

Ich denke, so pessimistisch sollte man die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht sehen. Sie steht nicht vor dem Zerfall. Vielmehr ist es die Kunst der Europäischen Union, 27 Politiken zusammenzubringen. Dabei kommt es auch ganz wesentlich auf unseren Bundestag an.

(B) Ich möchte einen strategischen Blick auf die GSVP wagen. Es geht um den Dreiklang von Glaubwürdigkeit, Vertrauen und Verlässlichkeit. Genau das macht Macht aus. Macht ist nicht die Menge an militärischen Arsenalen, sondern Macht ist die Fähigkeit zur Kooperation. Diese zeichnet uns Deutsche besonders aus.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Ich möchte auch sagen, dass wir diesen Teil der außenpolitischen Kultur – ich sage das als Außenpolitiker – deutlicher bewerben müssen. Dann können wir auch die Gefahr, die Sie ansprechen, Frankreichs und Großbritanniens Sonderweg, auffangen. Ich möchte das anhand von vier Gedanken darstellen.

Erster Gedanke. Das bilaterale Vorgehen von Frankreich und Großbritannien ist sicherlich das Kernthema für die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Aber, liebe Kollegen von der SPD, Konzepte, die Großbritannien nicht berücksichtigen, sind zum Scheitern verurteilt. Eine Fokussierung allein auf das Weimarer Dreieck wird nicht reichen.

Zweiter Gedanke. Deutschland sollte sich noch stärker und proaktiver als Anlehnungspartner für andere in der Europäischen Union profilieren. Wir sollten zusammen mit denjenigen europäischen Partnern vorangehen, die bereits heute politisch dazu bereit sind. Diese Kooperation dürfen wir nicht als Gegensatz zum französisch-britischen Vorgehen sehen, sondern wir müssen es als Ergänzung betrachten. Aufgrund ähnlicher außenpolitischer Kulturen könnte ich mir – dies haben Sie vorhin angesprochen – eine Kooperation mit Polen, den Nieder-

landen, Österreich und einigen skandinavischen Staaten (C) sehr gut vorstellen.

Dritter Gedanke. Unter ähnlicher außenpolitischer Kultur – ich glaube, hier lohnt sich auch ein Blick auf unsere Geschichte – kann der Vorrang für das Zivile und die Art der parlamentarischen Entscheidungsfindung in Deutschland verstanden werden. Unser behutsamer Ansatz baut insbesondere auf Verlässlichkeit und kann zu einer größeren Bereitschaft führen, tiefere Abhängigkeiten von unserem Land einzugehen. Die Niederlande haben das bereits vorgemacht.

Ein vierter Gedanke. Auf diese Weise könnte unser Land einen ganz zentralen Beitrag zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, aber auch zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU leisten. Wir könnten unser Land damit zu einer Drehscheibe der europäischen Handlungsfähigkeit werden lassen. Warum ist das so wichtig? Das ist wichtig, damit wir auch unsere essenzielle Beziehung zu den Vereinigten Staaten von Amerika weiter ausgestalten. Deutschland könnte also verlässlicher Ansprechpartner sein, eine Scharnierfunktion zwischen EU und NATO haben und das, was wir bereits einbringen, deutlich weiterentwickeln. Damit könnten wir die GSVP, wenn ich diese Abkürzung verwenden darf, erheblich dynamisieren.

(D) Ich halte fest: Deutschland als Anlehnungspartner für andere in Europa, Ergänzung und irgendwann vielleicht Aufhebung der französisch-britischen Achse und damit ihre europäische Wiedereinbindung, Behutsamkeit und Verlässlichkeit sowie Scharnierfunktion für das Transatlantische Bündnis. Das könnte auch ein glaubwürdiger Beitrag unseres Landes zu einer europäischen Sicherheitsstrategie sein.

Ein Letztes. Mit sehr großem Interesse habe ich die Rede des SPD-Parteivorsitzenden, Herrn Gabriel, zur GSVP vom 10. März dieses Jahres gelesen. Mich freut, dass er sich für die Stärkung der GSVP einsetzt. Er geht sogar einen erheblichen Schritt weiter: Er fordert die Verankerung einer europäischen Armee als Staatsziel im Grundgesetz. Hervorragende Theorie! Jetzt schauen wir auf die Praxis. Ich würde mir wünschen, Sie würden bei der Operation Atalanta Ihre im Verhältnis zu diesem ganz wichtigen Vorhaben sehr kleinen Bedenken aufgeben und dieser ersten europäischen Marinemission deutlich mehr Schwung verleihen,

(Gerd Bollmann [SPD]: Das haben wir doch gemacht!)

statt große Theorien zu einer Verankerung als Staatsziel im Grundgesetz zu entwickeln und sich in der Praxis, wenn es darum geht, im Rahmen von Atalanta rasch zu einer Lösung zu kommen, dermaßen zurückzuhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik stärken müssen. Ich glaube auch, es gibt hier im Hause wenig Widerspruch, wenn ich sage: Wir sollten darüber nachdenken, die parlamentarische Kontrolle zu verstärken und vor allen Dingen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspoli-

Roderich Kiesewetter

- (A) tik in ganz konkreten Projekten zusammenzuführen. Wir sollten lieber einige wenige Projekte gut machen als eine Vielfalt unterschiedlicher Initiativen, die weder zu kontrollieren noch in irgendeiner Weise zu finanzieren sind, aufrechtzuerhalten.

Das schaffen wir, indem wir zum Beispiel das Baltic Air Policing, also den Luftraumschutz über dem Baltikum, intensiver betreiben und vielleicht sogar gemeinsam durchführen, indem wir den Schutz der Außengrenzen an der Küste gewährleisten, indem wir gemeinsame Ausbildungseinrichtungen schaffen, also auch junge Menschen zusammenführen, und indem wir gemeinsame Hauptquartiere und gemeinsame Doktrinen entwickeln. Hier gibt es noch viel zu tun. Wir von der Union sind mit ganzer Kraft dabei, diese Vorhaben zu unterstützen. Aber vor dem Hintergrund des erwähnten inneren Widerspruchs – Sie formulieren große Ziele, sprechen sogar von einer Verankerung im Grundgesetz, haben aber im Kleinen Schwierigkeiten – haben wir noch etwas Nacharbeit vor uns. Deswegen folgen wir der Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Sevim Dağdelen das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) **Sevim Dağdelen (DIE LINKE):**

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kiesewetter, eines ist ganz deutlich geworden: Unter Stärkung der parlamentarischen Kontrolle bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verstehen Sie eigentlich nur die Durchsetzungskraft deutscher Interessen, aber nicht, eine echte parlamentarische Kontrolle der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einzurichten.

(Beifall bei der LINKEN – Karl-Georg Wellmann [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch!)

Während die Zahl der Missionen – vor allen Dingen die der Militärmissionen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – immer weiter zunimmt und der Haushaltstitel für eine global agierende Europäische Union mittlerweile milliardenschwer ist und jedes Jahr exorbitant steigt, fristet die parlamentarische Kontrolle von GASP- und GSVP-Missionen immer noch ein stiefmütterliches Dasein. Vor diesem Hintergrund bedauert es die Linke, dass alle anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen einen Antrag meiner Fraktion zur Etablierung einer GASP-Versammlung mit wirklichen, echten parlamentarischen Kontrollrechten in den entsprechenden Ausschüssen unisono zurückgewiesen haben.

Im vorliegenden Antrag der SPD heißt es, die „gestalterische Kraft“ Deutschlands fehle ganz besonders „für den Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheits-

politik“. Sie schreiben, hier sei „seit Jahren nichts mehr passiert“. Da fragt man sich: Wo leben Sie eigentlich? Sie erwähnen in Ihrem Antrag doch selbst das Weimarer Dreieck, und die Gent-Initiative zum Pooling und Sharing ist an Ihnen offensichtlich ganz vorbeigegangen. (C)

Im Kern geht es eben wohl doch darum, unter deutscher Vorherrschaft ein eigenständiges EU-Hauptquartier und ständig bereitstehende zivil-militärische Battle Groups, also Kampftruppen, Schlachttruppen aufzustellen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

– Ja, so heißt das. Wie würden Sie denn „Battle Groups“ übersetzen? – Sie gehen sogar noch weiter mit der Forderung, dass Deutschland eine Vorreitergruppe beim Ausbau gemeinsamer militärischer Fähigkeiten bilden soll. Genau das treibt den Keil in die Europäische Union, den Sie als tiefste Krise der EU seit ihren Anfängen monieren.

Die Linke ist gegen eine deutsche Vorreiterrolle. Wir wollen eine entmilitarisierte EU-Außenpolitik und ein friedliches Europa.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb finden wir es eben auch skandalös, dass wir gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, während überall von Sparen und Spar-diktaten gesprochen wird, in der Europäischen Union eine Mammutbehörde haben, nämlich den Europäischen Auswärtigen Dienst, der letztes Jahr rund eine halbe Milliarde Euro „gefressen“ hat. Was könnte man hier in Europa mit diesem Geld vor allen Dingen im sozialen Bereich nicht alles erreichen! (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Für die Militarisierung haben Sie immer Geld, an allem anderen soll gespart werden.

(Dr. Wolfgang Götzer [CDU/CSU]: So ein Unsinn! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Was reden Sie da eigentlich?)

Auch sonst kann nicht im Geringsten davon die Rede sein, dass in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nichts passiert. Die EU hat ein umfangreiches Sanktionsregime entwickelt, das in der Elfenbeinküste, in Libyen, in Syrien die Eskalation zu Bürgerkriegen begünstigt hat und in einen Krieg mit dem Iran zu münden droht.

(Joachim Spatz [FDP]: So ein Quatsch! Wer hat denn dort das Problem gelöst? Dummes Geschwätz jedenfalls nicht!)

– Das glauben auch nur Sie. Wovon träumen Sie eigentlich nachts? Sehen Sie sich die Elfenbeinküste an! – Die EU hat Berater und Grenzschrützer nach Libyen entsandt und finanziert mit ihrer Sahel-Strategie die Militarisierung der Sahara. Sie bereitet gegenwärtig eine GSVP-Mission in Mauretanien, Niger und Mali vor, dort wo gerade ein Aufstand und ein Putsch stattgefunden haben.

Sevim Dağdelen

- (A) All das geschieht ohne jede Kontrolle des Europäischen Parlaments oder der nationalen Parlamente.

Auch zum Horn von Afrika hat die EU mittlerweile eine eigene Strategie entwickelt. Sie hat ein eigenes Operationszentrum errichtet und plant ihre mittlerweile dritte GSVP-Mission. Das erweiterte Mandat für die Operation Atalanta wurde mit der somalischen Übergangsregierung abgestimmt und vom Rat beschlossen, bevor es dem Bundestag auch nur ansatzweise vorlag. Und da sprechen Sie hier von parlamentarischen Rechten!

Für die EU-Trainingsmission EUTM SOM für die Übergangsregierung wurde niemals ein Mandat des Bundestages eingeholt, und sie wurde über den Ablauf des EU-Mandates hinaus stillschweigend fortgesetzt. Unsere Kleine Anfrage zur geplanten Mission zur maritimen Aufrüstung der Verbündeten in der Region blieb faktisch unbeantwortet.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Dağdelen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Spatz?

(Zuruf von der CDU/CSU: Längere Redezeit!)

Das würde Ihnen die Redezeit tatsächlich verlängern.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Ja, sehr gern.

Joachim Spatz (FDP):

- (B) Auch wenn man das billigend in Kauf nehmen muss, habe ich doch einmal eine Frage.

Was hätten Sie denn gesagt, wenn hier im Deutschen Bundestag ein Mandat vorgelegt worden wäre, das mit der somalischen Regierung nicht abgestimmt gewesen wäre? Dann wäre genau das doch Ihr Vorwurf gewesen. Sie müssen sich schon einmal entscheiden, ob Sie Ownership so hoch hängen, wie wir das tun, und erst die Betroffenen fragen oder ob Sie hier einfordern, dass das Mandat gewissermaßen im Verhandlungsstadium hätte vorliegen müssen.

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Herr Kollege Spatz, Sie sprechen gerade etwas an, worüber wir im Deutschen Bundestag überhaupt nicht haben beraten können. Das ist ja meine Kritik.

(Joachim Spatz [FDP]: Das kommt ja noch!)

– Sie sagen: „Das kommt ja noch.“ Die Mission EUTM SOM läuft schon seit Jahren. Wir haben hier im Deutschen Bundestag nicht *ein Mal* eine Diskussion oder eine Debatte über dieses Mandat gehabt. Es gibt einen Antrag der Linksfraktion, darüber hier zu debattieren. Wir fordern, dass der Parlamentsvorbehalt endlich einmal wahrgenommen und ernst genommen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie entparlamentarisieren das System und höhlen den Parlamentsvorbehalt aus, indem eben nur noch auf europäischer Ebene über die Mandatierungen gesprochen

und abgestimmt wird und das Kabinett und nicht das Parlament entscheidet. Das kritisiert die Linke hier. Wir sind für echte parlamentarische Kontrollrechte. Das geht nur, wenn Sie uns die entsprechenden Vorlagen liefern, wir hier in den Ausschüssen und im Deutschen Bundestag darüber diskutieren und Sie nicht eine heimliche Außenpolitik im Hinterzimmer betreiben. Herr Kollege Spatz, das müssen Sie auch einmal ernst nehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Spatz [FDP]: Nein, das darf man gar nicht ernst nehmen!)

Deshalb fordert die Linke echte parlamentarische Mitbestimmung und Transparenz in der europäischen Außenpolitik, meine Damen und Herren. Dies kann mit einer interparlamentarischen Versammlung, wie wir sie in unserem Antrag fordern, erreicht werden, und zwar mit ständigen Strukturen und substanziellen Kontroll- und Vetorechten. Das wäre ein wirklicher Beitrag zum Frieden.

Ich bitte Sie deshalb: Springen Sie einfach über Ihren Schatten und stärken Sie Ihre eigenen parlamentarischen Rechte! Entmachten Sie sich nicht weiterhin selbst dadurch, dass Sie sich selbst Ihre parlamentarischen Rechte beschneiden.

(Beifall bei der LINKEN – Heike Hänsel [DIE LINKE]: Mehr Demokratie wagen! Auch im Parlament!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Cramon-Taubadel das Wort. (D)

Viola von Cramon-Taubadel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir sind natürlich für eine echte parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wenn wir aber hier über die WEU und die Selbstauflösung der WEU sowie über die Idee des Lissabon-Vertrags sprechen und wenn wir das alles zueinanderbringen, dann kommen wir auf jeden Fall nicht zu dem Ergebnis, das Sie uns in Ihrem Antrag präsentiert haben. Die Frage der Umsetzung, also die Frage, wie wir eine solche Versammlung gestalten, kann nicht darin münden, dass wir sagen, dass wir ein vollständiges Sekretariat haben wollen, dass wir uns vier Mal im Jahr treffen wollen und dass wir große Delegationen brauchen.

Wer Mitglied in einer parlamentarischen Versammlung ist – ich bin Mitglied in zwei parlamentarischen Versammlungen, und ich wiederhole das gerne noch einmal, wie ich es gestern im Ausschuss getan habe –, wird merken, dass wir im Deutschen Bundestag gar nicht die Abgeordneten finden, die diese parlamentarische Kontrolle auch ausüben wollen. Wenn wir in unseren Fraktionen geeignete und sehr motivierte Kolleginnen und Kollegen heuern, die sich dann die Mühe machen, dort auch mitzuarbeiten, ist das ganz bestimmt eine vernünftige Sache. Ich glaube aber nicht, dass wir angesichts

Viola von Cramon-Taubadel

- (A) unserer Beteiligung in der WEU und angesichts dessen, was in der WEU besprochen wurde, in dieser Form darüber diskutieren müssen.

(Joachim Spatz [FDP]: Das ist doch ein ganz neues Ding!)

Daher sind wir für die parlamentarische Kontrolle. Wir sind außerdem sehr dafür, dass das Europäische Parlament in geeigneter Form eingebunden wird.

Was die Frage der Umsetzung angeht, brauchen wir den Antrag der Linken nicht unbedingt ernst zu nehmen. Er ist unrealistisch.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Sagt die Kriegspartei Grüne!)

– Genau, sagt die Kriegspartei Grüne. Richtig. Das können wir hier festhalten.

Es steht also nicht gut um das deutsche Engagement in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Der Motor stottert. Der Verteidigungsminister konzentriert sich im Augenblick noch auf die Bundeswehrreform. Fragen nach Einsparungen im EU-Rahmen spielen bislang keine Rolle. Der Verteidigungsminister sagt – ich zitiere –:

Wir müssen mehr können und mehr gemeinsam können.

Allein uns fehlt der Glaube; denn wenige Tage zuvor konnten wir ebenfalls von ihm lesen, und das klingt schon deutlich skeptischer – ich zitiere wiederum –:

- (B) Die Wahrheit ist: Smart Defence spart kein Geld, sondern reduziert allenfalls künftige Aufwendungen.

Das ist doch genau die Skepsis, die wir immer wieder auf der Seite der Bundesrepublik feststellen, wenn es um die Zusammenarbeit in der EU und in der NATO geht. Das ist auch die Linie des Verteidigungsministeriums.

Das Projekt eines europäischen Hauptquartiers ist am Widerstand Großbritanniens gescheitert. Das haben Sie erwähnt. Das ist sicherlich richtig. Es ist sicher auch richtig, dass wir es nicht schaffen, gemeinsame Battle Groups aufzustellen. Das Pooling und das Sharing hat noch Herr Minister zu Gutenberg angestoßen. Das ist auch versandet. Es stockt also an allen Stellen. Von den Mitgliedern der Konferenz der europäischen Verteidigungsagentur haben wir gehört, dass es keine neuen Initiativen gibt.

Bei der Abstimmung über Ihren Antrag können wir uns aber nur der Stimme enthalten, weil wir nicht erkennen können, dass der zivile Bereich in Ihrem Antrag berücksichtigt wurde. Aus unserer Sicht liegen genau hier die Dinge noch im Argen. Im Europäischen Auswärtigen Dienst fristen die für die zivilen Aspekte der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständigen Abteilungen ein Schattendasein.

(Zuruf des Abg. Joachim Spatz [FDP])

Wir sind der Meinung: Es muss endlich einen Pool für Expertinnen und Experten aus Polizei, Verwaltung und

Justizwesen geben. Das gibt es im Moment nicht. Deutsche Justizbeamte und Polizisten, die sich bereit erklären, werden vielfach ausgebremst. Sie müssen Karrierepausen befürchten, anstatt befördert zu werden. Ein Belohnungssystem sähe anders aus. An Vereinbarkeit von Familie und Auslandstätigkeit ist nicht zu denken. Wir sehen im Moment noch keine Bereitschaft aufseiten der Koalition, da etwas zu ändern.

Wir wünschen uns, dass vor allem – – Entschuldigung, ich glaube, ich bin gerade etwas neben der Spur; das tut mir leid.

(Karl-Georg Wellmann [CDU/CSU]: Das macht doch nichts!)

Wir sehen, dass insbesondere Großbritannien darauf drängt, dass den Einsatzkräften die Zerstörung der Pirateriologistik ermöglicht wird. Das sind aus unserer Sicht unübersehbare Risiken. Diese führen dazu, dass der gesamte Erfolg der geplanten EU-Mission in Gefahr ist. – Ich werde jetzt meine Rede beenden; das tut mir leid.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Dr. Wolfgang Götzer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit Bestehen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik tritt die Bundesregierung kontinuierlich für deren Weiterentwicklung im europäischen Rahmen ein.

(Beifall des Abg. Norbert Geis [CDU/CSU])

Dabei kommt der GSVP als operativem Arm der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine nicht zu unterschätzende, ja zunehmende Bedeutung auch für das europäische Einigungswerk und die Wahrnehmung der EU als internationalem Akteur auf der Weltbühne zu.

Mit nunmehr über 20 zivilen Missionen und militärischen Operationen tritt die EU in Krisengebieten weltweit als Krisenmanager in Erscheinung. So zeigt die EU seit Jahren Präsenz in Afghanistan, wo sie erfolgreich afghanische Polizisten und Sicherheitskräfte ausbildet, vor der Küste Somalias, wo sie Piraterie bekämpft und Schiffen des Welternährungsprogramms sicheres Geleit bietet, oder in Georgien, wo sie seit Oktober 2008 durch eine Beobachtermission zur Stabilisierung der Lage beiträgt.

Erst letzte Woche haben die Außenminister der EU bei ihrem Treffen grünes Licht für einen weiteren Ausbau der GSVP-Einsätze, insbesondere in Afrika, gegeben. Von Stillstand oder fehlender „gestalterischer Kraft“ in der GSVP, wie es im SPD-Antrag heißt, kann also keine Rede sein.

(C)

(D)

Dr. Wolfgang Götzer

- (A) Um diesen stetig wachsenden Herausforderungen und Aufgaben gerecht werden zu können, braucht die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik Struktur, und zwar sowohl zivile als auch militärische Fähigkeiten. Gerade in deren Vernetzung liegt eine große Stärke der Krisenmanagementfähigkeiten der EU. Da die GSVP nach wie vor Defizite im Bereich der militärischen Fähigkeiten hat, gilt es, diese zu stärken. Eine Entmilitarisierung, wie im Antrag der Fraktion der Linken gefordert, wäre genau der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Wenn Sie keinen Frieden wollen, dann ist das so!)

Der Ausbau der militärischen Fähigkeiten geht Hand in Hand mit dem Ausbau der parlamentarischen Kontrolle der GSVP. Auch hier sind sehr wohl in der jüngsten Zeit wichtige Schritte hin zu einer stärkeren Einbindung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments unternommen worden. Richtungweisend war vor allem der auf Antrag der Koalitionsfraktionen – der Kollege Spatz hat das schon erwähnt – gefasste Beschluss zur Einrichtung einer interparlamentarischen Konferenz aus Vertretern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zur GASP und zur GSVP. Die Einrichtung eines Konvents oder anderer Gremien zur Kontrolle der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist somit nicht erforderlich.

Um noch einmal auf den Antrag der SPD-Fraktion zurückzukommen: Selbstverständlich hat es in den letzten Jahren Initiativen der Bundesregierung gegeben,

- (B) (Joachim Spatz [FDP]: Natürlich!)

auch die Strukturen und Fähigkeiten der GSVP, gerade in Zeiten der Finanzkrise, weiterzuentwickeln. Man denke bloß an die GSVP-Initiative des Weimarer Dreiecks. In dieser schlugen Polen, Frankreich und Deutschland Ende 2010 vor, die Battle Groups zu reformieren, ein EU-Headquarter aufzubauen, die EU-NATO-Beziehungen auszubauen und gemeinsam auf EU-Ebene militärische Fähigkeiten zu entwickeln, oder an die ebenfalls von Deutschland mit initiierte Gent-Initiative, die zum Ziel hat, gemeinsame Spar- und Kooperationspotenziale durch Pooling and Sharing militärischer Fähigkeiten zu optimieren. Wenn nun die SPD-Fraktion in ihrem Antrag fordert, diesen Ansatz des Pooling and Sharing noch stärker zu nutzen, so ist dazu zu sagen: Dies geschieht bereits. Erst am 23. März dieses Jahres haben die Verteidigungsminister der EU die bedeutenden Fortschritte, die die EU auf diesem Gebiet in jüngster Zeit erzielt hat, lobend hervorgehoben. Darunter sind vor allen Dingen die mithilfe der Europäischen Verteidigungsagentur, EDA, zustande gekommenen Initiativen zur Luftbetankung, zur medizinischen Unterstützung und zur maritimen Überwachung.

Trotz dieser Fortschritte ist es uns wichtig, dass Pooling and Sharing nicht nur als Möglichkeit, in Zeiten der Finanzkrise Kosten einzusparen, genutzt werden sollte, sondern auch als ein Instrument zum Ausbau weiterer militärischer Fähigkeiten.

- (Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Sieh mal! (C)
Das wollen Sie also!)

Wenn wir jetzt aus der Not eine Tugend machen und vor dem Hintergrund schrumpfender Verteidigungsbudgets den Schritt hin zu mehr europäischer Integration im Verteidigungsbereich gehen, setzen wir damit auch ein eindeutiges Signal für die Zukunft Europas.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD mit dem Titel „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) weiterentwickeln und mitgestalten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/8507, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7360 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU wirksam kontrollieren“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/8807, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/5387 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der FDP-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke angenommen. (D)

